

Gegen mehr Transparenz votiert

Nach einem Schreiben der Finanzkontrolle gab der Landtagspräsident den Stichentscheid: Das VU-Postulat für mehr Transparenz bei öffentlichen Unternehmen wurde damit gebodigt.

Das Postulat der VU zielte darauf ab, dass öffentliche Unternehmen ihre stillen Reserven neu ins Eigenkapital überführen müssen. Das hätte für mehr Transparenz in der Beurteilung der Finanzen geführt. Für die Beurteilung der Sachlage wären die Landtagsabgeordneten, aber auch die Bevölkerung auf Transparenz angewiesen. Um Situationen beurteilen zu können, müssen die Abgeordneten wissen, wie es tatsächlich um das jeweilige Unternehmen steht.

«Noch nicht erlebt»

Das Ansinnen auf mehr Transparenz wurde von den geschlossenen Fraktionen von FBP und DU sowie zwei Abgeordneten der Freien Liste gebodigt. Zwar gab es gleich viele Stimmen für den Vorstoss, da jedoch Erich Hasler (DpL) fehlte, gab Landtagspräsident Albert Frick (FBP) den Stichentscheid. Dieses demokratische Urteil an sich gilt es zu akzeptieren, der Weg dorthin wirft aber Fragen auf: «Dass die Finanzkontrolle sich im Vorfeld mit einem Schreiben in den Gesetzgebungsprozess einmischte, habe ich noch nicht erlebt. Sie



Stichentscheid gegen Transparenzvorstoss der VU: Albert Frick. Foto: Archiv

hatte keinen Auftrag, den Vorstoss zu prüfen», erklärt Manfred Kaufmann, der über das Ergebnis enttäuscht ist.

«Besonders bitter ist es, dass ein Abgeordneter nicht anwesend war und nicht mitgestimmt hat. Genau diese Stimme wäre das Zünglein an der Waage gewesen, sodass schlussendlich ein Stich-

entscheid durch den Landtagspräsidenten notwendig wurde», bedauert Kaufmann die Entscheidung der FBP und weiterer Abgeordneter gegen mehr Transparenz.

Weiterhin wachsam

Er werde jedenfalls nicht locker lassen, die Jahresrechnungen

gründlich studieren und weiterhin dafür sorgen, dass der Steuerzahler nicht unnötig draufzahlt. «Auch war das Postulat absichtlich offen gestaltet, sodass wir es der Regierung überlassen hätten, aufzuzeigen, bei welchen öffentlichen Unternehmen gemäss Artikel 2 ÖUSG die Anwendung der <True & Fair View>-Rechnungslegungsvorschriften sinnvoll ist», erläutert Manfred Kaufmann weiter.

Ohne Kaufmanns Intervention wäre das so im November 2018 passiert. Beim Landesspital wurde über ein Forderungsverzicht auf das Darlehen vom Land Liechtenstein in der Höhe von 2,3 Mio. Franken beantragt. Kaufmann beantragte einen Rangrücktritt auf das Darlehen und wollte die tatsächlichen Werte der Jahresrechnung sehen. Eine spätere Überprüfung zeigte auf, dass die Jahresrechnung 2017 des Landesspitals stille Reserven in den Rückstellungen von 3,1 Mio. Franken enthielt, welche bei einer Rechnungslegung gemäss VU-Vorstoss nicht zulässig gewesen wären. ■

Michael Winkler



Michael Winkler
Parteisekretär

Kommentar

Endlich wieder Friede, Freude, Eierkuchen!

Viel Lärm machte die FBP rund um ihren Parteitag am Montag: Nach zwei Jahren voller Querelen und Stillstand bestätigt Regierungschef Adrian Hasler, dass nun alles wieder in Ordnung sei. Gefragt nach «Ist denn wieder Friede, Freude, Eierkuchen bei der FBP?» meinte er auf Radio L: «Aus meiner Sicht absolut!» Diese Aussage dürfte dann auch sämtliche Fragen rund um die Zankereien innerhalb der ehemaligen Mehrheitspartei im Landtag beantworten. «Es geht ein frischer und angenehmer Luft in der FBP. Der Zusammenhalt ist greifbar», meinte der Landtagspräsident Albert Frick, der gemeinsam mit sechs weiteren Parteikollegen und einer Landtagsmehrheit der eigenen Ministerin im Juli den politischen Garaus gemacht hatte. Und das ein Jahr, nachdem die Partei mit Johannes Kaiser einen der verdientesten Männer in den eigenen Landtagsreihen verlor. Nach dieser innerparteilichen «Reinigungsaktion» ist nun also zum Glück wieder alles in Butter.

Man rüstet internationalistisch auf: Mit Katrin Eggenberger kommt eine neue Regierungsrätin, die Lust auf mehr hat. Bei Insidern wird sie bereits als Nachfolgerin gehandelt, die Adrian Hasler persönlich handverlesen haben soll. Die Personalie ist sogar beim «Vaterland» sehr beliebt, das gerne und intensiv über jeden Schritt der neuen Rätin – wie zum Beispiel auch ihren Umzug nach Liechtenstein – berichtet. Medial ist nach einer Legislatur mit wenig bis gar keinem Output seitens der Schwarzen also demonstrative Geschlossenheit und Wahlkampfgetöse angesagt.

Passend dazu will die nachweisliche Vielfliegerpartei auch ein wenig auf der omnipräsenten grünen Klimawelle mitreiten. Zu einem entsprechenden Anlass werden die Partiegremien am 24. Oktober geladen – medial inszeniert, versteht sich. Der grüne Vorarlberger Landesrat Johannes Rauch wird über eine «Radverkehrsstrategie» referieren. Vorarlberg wird schwarz-grün regiert. Ein Schelm, der im Hinblick auf die Wahlen 2021 Böses denkt. Die Freie Liste, die bekanntlich an die Hebel der Macht will, dürfte das freuen.

Gerade in den VU-geführten Ministerien stehen in diesen grünen Themen bis zum Ende dieser Legislatur einige wichtige Umwelt-Themen an. Hier kann die FBP gleich beweisen, ob es sich bei diesen Aussendungen nur um propagandistischen Aktionismus im Sinne des Wahlkampfes handelt oder ob es wirklich um die Respektierung und den Schutz unserer Umwelt geht. ■

Für Stärkung der Spitalgrundversorgung

Mit einem Nein zum Neubaukredit würde das Landesspital dazu verdonnert, weitere Millionen in eine veraltete Infrastruktur zu stecken, ohne dass effiziente Betriebsabläufe ermöglicht werden.



Günther Fritz
Parteipräsident

Ein Grossteil der liechtensteinischen Bevölkerung fühlt sich mit dem Spital Grabs traditionell eng verbunden. Dass auch heute noch viele Bewohnerinnen und Bewohner Liechtensteins nicht ins Landesspital Vaduz gehen wollen, liegt vor allem in der mangelnden Qualität begründet, die bis zur Einführung des Hybridsystems mit integriertem Chefarztsystem immer wieder für fehlendes Vertrauen gesorgt hat.

Um den ramponierten Ruf von damals in den Köpfen der Bevölkerung wettzumachen, braucht es eine klare Qualitätsstrategie, welche das Landesspital seit 2012 mit der vom Landtag abgesetzten neuen Strategie auch kompromisslos verfolgt. So hat sich die Qualität inzwischen massiv verbessert, was auch durch das zunehmende Vertrauen der Bevölkerung und die nachweisbare Zufriedenheit der Patienten unterstrichen wird.

Durch den Neubau kann die heute erreichte Qualität weiter ausgebaut werden.

Attraktivität steigern

Ein Neubau bietet endlich die Möglichkeit, die Betriebsabläufe effizient zu gestalten und Leerläufe für Ärzte und Pflegekräfte zu vermeiden. Damit wird Zeit am Patientenbett gewonnen. Neue Operationssäle, die den heutigen Qualitätsstandards entsprechen, und eine neue Raumkonzeption, welche genügend Platz für modernste Untersuchungseinrichtungen schafft, bilden die infrastrukturelle Voraussetzung für weitere Qualitätsverbesserungen.

Schliesslich wird die Attraktivität der Arbeitsplätze für gutes Spitalpersonal deutlich gesteigert. Und nicht zuletzt erhöhen die geplanten 43 Einzelzimmer die Attraktivität für die Patienten, insbesondere für OKP-Versicherte, die anderswo in Zweibett- oder Mehrbettzimmern untergebracht werden. Das Ziel der Planer des neuen Spitals ist es, den Marktanteil bei den relevanten stationären Eingriffen von heute 35-40 Prozent auf 50 Prozent zu steigern. Dieses



Das Landesspital soll durch eine neue Infrastruktur konkurrenzfähigen Fahrtwind bekommen. Foto: Archiv

Ziel kann mit einer modernen und qualitativ einwandfreien baulichen Infrastruktur durchaus erreicht werden, vorausgesetzt natürlich, dass die Qualität der Leistungen weiterhin stimmt.

Für optimale Grundversorgung

Wenn die Neubauegegner vor allem damit argumentieren, dass das Landesspital keine Konkurrenzstrategie zu Grabs verfolgen dürfe, verkennen sie, dass in den Bereichen Chirurgie, Innere Medizin,

Anästhesie und Notfallmedizin ein gewisses Ausmass an gegenseitiger Konkurrenzierung stattfinden muss, weil sowohl Vaduz als auch Grabs dem Grundversorgungsauftrag nachkommen müssen.

Gegen Einbahnstrasse

Mit ihrer permanenten Forderung nach einer engeren Kooperation mit Grabs nehmen die Neubauegegner in Kauf, dass die künftige Zusammenarbeit auf einer Einbahnstrasse von Vaduz nach Grabs erfolgen würde. Denn die Erfahrungen der letzten Jahre haben eindeutig gezeigt, dass der Kanton St. Gallen keinesfalls bereit ist, auf eine lukrative medizinische Spezialdisziplin zugunsten des Landesspitals zu verzichten. Eine grenzüberschreitende Kooperation auf Augenhöhe sieht anders aus.

Deshalb braucht das Landesspital eine moderne Infrastruktur, um im Bereich der Grundversorgung konkurrenzfähig zu bleiben und attraktiver zu werden. Mit einem Nein zum Neubau vom eigenen Volk in einen Wettbewerbsnachteil verbannt zu werden, das haben die 170 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht verdient.